

Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, anlässlich seiner Verpflichtung und Vereidigung im Stadtrat am 17.05.2006

Leipzig, eine Stadt mit Perspektive!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Gäste!

Sie können sicher sein, dass der soeben von mir abgelegte Eid keine Formsache war, sondern dass ich versuchen werde, mit ganzer Kraft und mit ganzem Herzen in diesem Geiste mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

In meiner Antrittsrede am 29. März habe ich mich zum Klima und zur Atmosphäre in diesem Haus, zur Haushaltskonsolidierung und zu Stellenbesetzungen bereits grundsätzlich geäußert. Die angesprochenen Themen sind entscheidende Voraussetzungen, zu agieren und Potenziale zu nutzen. Ich schloss vor knapp zwei Monaten mit folgenden Worten: "Es liegt an uns – an der Dialog- und Konfliktfähigkeit aller Akteure –, ob wir nötige Entscheidungen und Einsparungen als einen zehrenden Prozess empfinden oder ob wir die Kraft finden, notwendige Entscheidungen mit der Perspektive der Besserung und dem Mut zur Veränderung zu treffen. Leipzig hat nicht nur nach meiner Überzeugung alle Potenziale für eine gute Zukunft."

Meine Ausführungen mussten noch etwas im Allgemeinen bleiben und ich kündigte an, dass ich mich bei meiner Grundsatzrede zur Amtseinführung bemühen würde, stärker und deutlicher zu unterschiedlichen Politikfeldern Aussagen zu treffen und auch Handlungsempfehlungen und persönliche Überzeugungen zu äußern.

Insgesamt war in den letzten Wochen eine sehr positive Erwartungshaltung spürbar und ich wurde im Vorfeld des heutigen Tages von mehreren Seiten dahin gehend angesprochen, dass es einen sehr hohen Erwartungsdruck geben könne. Hoffentlich enttäusche ich Sie nicht; denn bedingt durch das bekannte Übergangsverfahren bis zum heutigen Tage sind meinerseits bereits viele Eckpunkte und Ziele öffentlich kommuniziert worden, und ich gehe nicht davon aus, dass jemand ernstlich erwartet, ich könnte plötzlich fundamental andere Auffassungen vertreten.

Ich habe nachgeschaut, wie das Amtskollegen in der Vergangenheit gemacht haben, und dabei festgestellt, dass im Grunde alles möglich ist: Es gibt die Zwei-Seiten-Rede, es gibt Zustandsbeschreibungen von bis zu zwei Stunden Dauer, häufig gibt es bei Bürgermeisterantrittsreden auch kostspielige Visionen. Vor diesem Hintergrund habe ich mich entschlossen, einen Mittelweg zu wählen. Ziel meiner Rede soll es sein, die Schwerpunkte des Handelns herauszustellen und Ansatzpunkte zur Lösung der bestehenden Probleme aufzuzeigen. In Anbetracht der Vielfalt der Probleme einerseits und der Zeitrestriktion andererseits bitte ich um Verständnis dafür, dass einige auch wichtige Politikfelder heute nicht in der gebotenen Tiefe angesprochen werden können.

Meine Damen und Herren, 49 Tage liegen hinter mir und ich bin voller Eindrücke angesichts der großartigen Möglichkeiten unserer Stadt. Ich bin stolz, Oberbürgermeister dieser wunderbaren Stadt zu sein, aber ich sehe auch die vielfältigen Schwierigkeiten und die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir haben viele Baustellen, auch wenn sich die Zahl der Verkehrsbaustellen nunmehr verringert.

Doch zunächst habe ich das Haus zu bestellen. Damit meine ich, dass eine Reihe Stellen neu zu besetzen und einige neue Strukturen innerhalb der Verwaltung zu organisieren sind. Bevor ich mich dem Garten zuwende oder durchs Dorf gehe, muss das Haus bestellt sein. Meine Hauptaufgabe in den nächsten Monaten besteht also in der Binnensicht im Rathaus. Hier haben wir viel zu tun.

Dennoch muss ich heute für sieben Jahre reden und ich möchte deswegen sieben zentrale Handlungsfelder aufrufen. Die Hauptfrage dabei ist nach meiner Überzeugung: Wie können wir gemeinsam die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern und weiter verbessern? "Wir" meint den Oberbürgermeister, die Beigeordneten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, aber auch den Stadtrat, die Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft, ja letztlich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Nicht wir in diesem Haus allein werden die Zukunftsfähigkeit herstellen können. Das können wir nur gemeinsam mit allen Kräften in dieser Stadt.

Hierbei sehe ich für mich sieben zentrale Handlungsfelder: erstens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rahmen unserer Möglichkeiten mit dem Schwerpunkt Ansiedlungspolitik; zweitens die Wiedererlangung der

finanziellen Handlungs- und Investitionsfähigkeit mit dem Schwerpunkt Entschuldungspolitik; drittens die Familienfreundlichkeit mit den Schwerpunkten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wachsende Stadt; viertens die Stadtentwicklung mit dem Schwerpunkt behutsamer Stadtumbau; fünftens Kultur, Wissenschaft und Sport mit den Schwerpunkten Lebensqualität, Internationalität und Interdisziplinarität; sechstens Umwelt, Ordnung und Sicherheit mit dem Schwerpunkt Prävention und siebentens Zusammenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Demokratieverständnis mit dem Schwerpunkt, auf neuen Wegen die Bürgerschaft stärker mitzunehmen, sie ins Boot zu holen und Neues zu versuchen. Am Schluss meiner Rede werde ich auch einen Blick auf die Innenbotschaft in die Verwaltung hinein werfen. Wir als Stadtrat und auch als Verwaltung sind nur so gut, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies unterstützen und tragen.

Lassen Sie mich kurz Ausgangslagen, Zielstellungen und einige zentrale Maßnahmen skizzieren. Dabei will ich keinen Jubelblick wagen. Wichtig ist der realistische Blick auf die Dinge. Wir dürfen uns nichts vormachen. Aber genauso wichtig ist mir, dass wir ambitioniert und mit hohem Anspruch die Ziele benennen, die Dinge anpacken und nicht vor lauter Realismus die Hände in den Schoß legen und sagen: Dort gibt es nichts zu tun.

Thema 1: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von nahezu 20 Prozent einerseits und ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften infolge der Umsetzung der Hartz-Gesetze auf durchschnittlich mehr als 50.000 – im worst case drohen gar 53.000! – verdeutlichen die Problemlage.

Die zentralen Bestimmungsfaktoren des heutigen Arbeitsmarktes, nämlich Globalisierung, gesamtwirtschaftliches Wachstum und rechtliche Rahmenbedingungen, entziehen sich bekanntlich der kommunalen Einflussnahme. Vor diesem Hintergrund ist es auch ein Irrglaube, anzunehmen, wir könnten vor Ort maßgeblich die Ursachen kurieren. Aber ungeachtet dessen ist es unsere Pflicht, alles im Rahmen unserer Möglichkeiten zu

tun, um einen signifikanten Beitrag zur Problemlösung hier vor Ort, in unserer Stadt, zu leisten, zum Beispiel durch die weitere Verbesserung des Investitionsklimas. Diesbezüglich können wir – ich denke, darüber sind wir uns alle einig – auf einer guten Basis aufbauen.

Unsere Stadt verfügt über eine ausgesprochen gute Logistik-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur. Millioneninvestitionen in eine neue Messe, in den Ausbau des Flughafens und in unser Straßen-, Schienen- und Brückennetz, wie wir jüngst wieder erleben können, einerseits und in die Erschließung und Entwicklung von Gewerbegebieten andererseits sprechen eine sehr deutliche Sprache. Hier wurden über Jahre nicht nur Werte an sich geschaffen, sondern regionalwirtschaftlich rentierliche Investitionen getätigt. Diese Erfolge regionaler Wirtschaftsförderung – und dies darf an dieser Stelle auch einmal positiv gewürdigt werden – waren meist das Ergebnis einer konzertierten Aktion aller Beteiligten jenseits von Parteipolitik, also der Stadt, der kommunalen Partner in der Region, des Freistaates, der Rechtsaufsichtsbehörde und nicht selten auch des Bundes. Lassen Sie uns da im Konzert miteinander weitermachen und die Dinge voranbringen. Ich weiß, Herr Dr. Buttolo, dass Sie uns da ein Partner sind.

Aber – und auch das gehört zu einer realistischen Sicht – trotz neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen wie BMW, Porsche, DHL und zuletzt Amazon scheint auf den ersten Blick noch kein nachhaltiger entlastender Effekt im Zusammenhang mit unserer regionalen Beschäftigungsnot entstanden zu sein. Bei sachgerechter Betrachtung relativiert sich aber dieser Eindruck. Die richtige Frage wäre doch: Wie sähen die Zahlen ohne diese positive Entwicklung aus? Wo stünden wir denn, wenn dies nicht geschehen wäre? Zugegeben, das ist eine hypothetische, aber letztlich entscheidende Frage. Ich bin sicher: Nur bei konsequenter Verfolgung des seit einigen Jahren eingeschlagenen Weges aktiver Ansiedlungspolitik wird es uns gelingen, im heutigen globalen Standortwettbewerb zu bestehen.

Dies bedeutet für mich auch, im Rahmen der vom Stadtrat vorgegebenen sehr klugen strategischen Zielstellung konsequent das Handeln aller maßgeblichen Akteure vor Ort in noch stärkerem Maße auf der Basis unserer Cluster-Strategie auf Neuansiedlungen von Unternehmen zukunftsträchtiger Branchen auszurichten. Es führt kein Weg daran vorbei,

dass wir sehr, sehr aktiv auf Investoren zugehen müssen, um hier Erfolge zu erzielen.

Dabei dürfen wir jedoch die Bestandspflege und dabei die Arbeitsplatzsicherung auf keinen Fall vernachlässigen. Dies gilt insbesondere für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe und es bedeutet eben auch die Kontaktpflege zu Unternehmen vor Ort. Uns allen ist doch klar, auf wen die Beschäftigungszahlen dieser Stadt zurückzuführen sind: Es sind die vielen Klein- und Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern – 28.000 an der Zahl –, denen wir Ausbildung und nachhaltige Beschäftigung verdanken.

Ich habe die Absicht, mit dem oder der zukünftigen Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit eine halbjährlich stattfindende Mittelstandssprechstunde durchzuführen. Darüber hinaus werde ich mir regelmäßig auch vor Ort ein eigenes Bild von Unternehmen machen. Jüngst habe ich zum 45. Geburtstag der NEL (Neotechnik Elektroanlagen Leipzig GmbH) ein sehr schönes Ergebnis einer Entwicklung bestaunen können.

Aber letztlich ist uns allen klar: Standortsicherung und –entwicklung kann nicht allein durch kommunale Wirtschaftsförderung betrieben werden. Auch hier werden wesentliche Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel schnelle Genehmigungsverfahren, Förderoptionen für Unternehmensgründungen, Konzentration von Förderungen auf Wachstumszentren oder die Fortführung bewährter investitionsfördernder Instrumente, wie zum Beispiel der Investitionszulage, seitens anderer Akteure gesetzt. Aktuell gilt dies für die noch nicht gesicherte Ansiedlung des Biomasseforschungszentrums und für die noch ausstehende Entscheidung über den Standort einer weiteren Baureihe von Porsche.

Ich bin nach wie vor optimistisch, dass wir eine schnelle Genehmigungspraxis, kurze Wege und qualifizierte Fachkräfte garantieren können. Wir haben in der Verwaltung aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre im Miteinander der Wirtschaftsförderung, der Stadtentwicklung, der Stadtplanung und anderer Akteure ein sehr gutes Instrumentarium entwickelt und das funktioniert auch. Und ich stehe als Person dazu, dass wir dort noch besser werden. Sollte sich daher zeigen, dass unsere Strategien Früchte tragen und gleichzeitig die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen, bin ich bereit – und das sollten wir miteinander offen diskutieren –, noch in diesem Jahr für den Haushalt 2007 über eine Senkung der Gewerbesteuer

er nachzudenken. Wenn sich die Gewerbesteuereinnahmen weiter so entwickeln wie zurzeit und wenn wir bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften unter 49.000 bleiben, müsste eine Senkung der Gewerbesteuer um 10 Punkte möglich sein.

Ein weiteres wichtiges Element im Gesamtkontext stellt die Vermittlung des erforderlichen Know-hows als einer notwendigen Basis für Innovationen in unserer Gesellschaft dar. Hier kommt der mehr oder minder institutionalisierten Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zum Beispiel in Form des Technologietransfers, eine entscheidende Rolle insbesondere für Unternehmensgründungen und –fortentwicklungen zu.

Mit der Technologieförderung in unserer Stadt können wir nicht zufrieden sein. Ich habe mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium vorbesprochen, dass wir noch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Regierungspräsidium, dem Freistaat Sachsen und einschlägigen Fachleuten eine Informations- und Kontaktbörse für mittelständische Unternehmen der Technologiebranche anstoßen. Dort müssen wir die Anträge auf eine deutlich bessere Förderung auf den Weg bringen und letztlich ausfüllfähig machen. Ich bin überzeugt, dass dort noch Potenzen und Potenziale vorhanden sind, die wir nutzen müssen.

Sicherlich muss man sich dann mit der Aussage auseinander setzen, dies seien alles nur kleine Schritte, ja Tropfen auf einen heißen Stein. Aber steter Tropfen höhlt den Stein und es gibt keine Alternative dazu. Ich jedenfalls sehe keine Alternativen zu einer Politik der aktiven Ansiedlung und Förderung zukunftsträgiger Branchen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Es gehört auch zur realistischen Sicht, auf die andere Seite zu verweisen: Für die Zukunft der Stadt und für viele ihrer Bürger ist es von elementarer Bedeutung, jenseits des ersten Beschäftigungsmarktes eine sinnvolle und ausfüllende Tätigkeit zu erhalten. Wie erwähnt, kann derzeit ein worst-case-Szenario von über 50.000 Bedarfsgemeinschaften nicht mehr ausgeschlossen werden. Es wird eine gesellschaftspolitische Aufgabe erster Ordnung sein, wie mir mit langzeitarbeitslosen Menschen umgehen, die so gut wie keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Machen wir uns bitte nichts vor: Selbst bei bester Konjunkturlage werden wir in unserer Stadt mit einer Vielzahl von Menschen leben müssen, die keine Chance haben, eine Arbeitsstelle auf dem ersten Markt zu bekommen.

Wir stehen in der Pflicht und in der Verantwortung sowohl dem Einzelnen als auch der Allgemeinheit gegenüber, hier neue Formen der sinnvollen Beschäftigung zu finden. Ich verzichte mittlerweile auf den Begriff "zweiter Arbeitsmarkt". Der staatlich organisierte und öffentlich subventionierte Arbeitsbereich ist kein Markt. Wir sollten besser von Beschäftigungsfeldern sprechen, von sinnvollen Beschäftigungen, bei denen langfristig Lohnarbeit im ersten Arbeitsmarkt eben nicht möglich sein wird.

Dazu ein offenes Wort: Die daraus drohenden finanziellen und sozialen Lasten können wir nicht schultern, wenn wir diese Entwicklung nicht in den Griff bekommen. Wir können das als Stadt nicht schultern, ganz zu schweigen davon, dass der angestrebte Haushaltsausgleich bis 2009 in weite Ferne rücken würde. Es besteht ganz akuter Handlungsbedarf – und dies bei den bekannten personellen Restriktionen.

Aus diesem Grunde gedenke ich, zunächst zur Person den Vorsitz der Trägerversammlung der ARGE zu übernehmen, allerdings unter der Prämisse folgender klarer Zielvereinbarung: erstens Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen, die von der ARGE betreut werden, um 5 Prozent gegenüber 2005, zweitens Erhöhung der Zahl der ABM von rund 1.700 auf 3.000 pro Jahr und drittens eine deutliche Erhöhung der Quote der Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, und zwar um 12,4 Prozent gegenüber 2005 auf mehr als 10.500. So ist die Zielvereinbarung verfasst. Das ist mein Einstieg und ich weiß sehr genau, dass das ambitionierte Ziele sind. Aber ich gehe auch davon aus, dass Land und Bund zu ihren den Kommunen gegebenen Finanzierungszusagen stehen und die noch ausstehende Revision im Zusammenhang mit den Effekten der Umsetzung der Hartz-Gesetze nicht zur Sanierung ihrer eigenen Haushalte nutzen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle miteinander, die Stadt auf diesem Wege aktiv zu unterstützen. Wir werden nur dann wieder Optionen auf Handlungsfähigkeit erhalten, wenn uns die Sozillasten nicht erdrücken. Ich rufe insbesondere die Arbeitgeber und die Kammern auf, sich in diesen Prozess intensiv einzubringen. Wir alle tragen Verantwortung für eine Stärkung des regionalen und internationalen Profils unserer Stadt, aber wir tragen auch eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die Arbeit suchen, die arbeiten wollen und für die wir Perspektiven brauchen.

Zur Wirtschaftsförderung gehört für mich auch das Stadtmarketing. Die Etablierung eines integrierten und international ausgerichteten Stadtmär-

ketings auf einem sehr hohen Niveau ist für unsere Stadt zwingend erforderlich.

Ich sehe hierbei eine Stufenstrategie als sinnvoll an: Zunächst bedarf es einer Neustrukturierung im Sinne der Konzentration innerhalb der Stadt. Die entsprechende Vorlage ist erarbeitet, ihre Umsetzung wird erfolgen. In einem zweiten Schritt kann ich dann die Strukturen unter einer neuen personellen Führung so zusammenführen, dass die Stadt auch neu und markant nach außen auftritt und europa- und weltweit kommuniziert. Wir sind Bachstadt, wir sind Universitätsstadt, wir sind Messestadt und so vieles mehr. Wir müssen die Marke Leipzig entwickeln, damit wir uns im Wirtschaftsförderkanon, im Wettbewerb der Städte und auch im Tourismus positionieren.

Dies alles wird nicht zum Nulltarif zu haben sein, aber es wird sich für die Stadt und die Region dennoch rechnen, wenn auch nicht sofort und nicht immer in Euro und Cent messbar. Hierbei haben wir die Situation, trotz der Bedingungen des Sparens bei aktiven Entscheidungen bewusst auch antizyklisch in bestimmten Bereichen unter Umständen mehr Geld in die Hand nehmen zu müssen, damit wir zukunftsfähig werden.

In diesem Kontext ist für mich auch die Pflege und Weiterentwicklung bestehender internationaler Netzwerke auf allen Ebenen ein wichtiges Element städtischen Handelns. Wir sollten die Beziehungen zu den Partnerstädten intensiv pflegen und sie dort, wo sie vielleicht etwas ruhiger geworden sind, neu entwickeln. Es gibt in diesem Prozess immer Wellenbewegungen. Aber die Mitgliedschaft in einschlägigen Gremien, etwa in den Eurocities, und die Pflege bestehender Städtepartnerschaften sind wichtige Elemente dieses Marketings. Diese Potenziale gilt es für die Stadt zu erschließen. Schon heute bestimmen Entwicklungen auf europäischer Ebene unser Leben mehr, als vielen von uns bewusst ist.

Thema 2: Wiedergewinnung der finanziellen Handlungs- und Investitionsfähigkeit

Meine Damen und Herren, die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland – also nicht nur Leipzigs! – ist nach wie vor angespannt. Darüber können auch die derzeit wieder stärker sprudelnden Gewerbe-

steuereinnahmen nicht hinwegtäuschen. Die finanzielle Basis verbessert sich aber nur dort, wo positive Entwicklungen nicht durch steigende Lasten im Zuge der Umsetzung von Hartz überkompensiert werden. Zum Kreis der Glücklichen, bei denen dies der Fall ist, zählt Leipzig leider nicht. Dies sind nur ganz wenige Städte und ich kenne keine solche Stadt im Osten.

Unsere Lage vor Ort dürfte hinlänglich bekannt sein. Die wesentlichen relevanten finanzwirtschaftlichen Kennziffern sprechen eine eindeutige Sprache: seit Jahren keine Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt mehr, eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von nahezu 1.900 Euro, rund 40 Millionen Euro Zins- und nochmals so hohe Tilgungsausgaben und ein rund 600 Millionen Euro betragendes Risiko durch ausgereichte Bürgschaften. Hinzu kommen Zinslasten zur Finanzierung der Altfehlbeträge von derzeit noch rund 100 Millionen Euro.

Dies alles klingt dramatisch und es ist dramatisch. Es bettet sich ein in finanzielle Rahmenbedingungen, die im Wesentlichen gekennzeichnet sind durch einen kontinuierlichen Rückgang der Zuweisungen aus dem Finanzausgleich einerseits und durch seit langer Zeit zurückgehende oder stagnierende Einnahmen aus Steuern andererseits. Auf der Ausgabenseite waren stetig steigende Lasten zu konstatieren. Bekanntlich mussten wir bis heute bereits mit mehreren Haushaltssicherungskonzepten gegensteuern. Insbesondere in den letzten drei Jahren ist es uns durch darin verankerte massive Einschnitte im Personal- und Sachkostenbereich – wir wollen nicht so tun, als ob nichts geschehen sei! – gelungen, zumindest eine Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde zu erlangen. Dies muss auch weiterhin unser Ziel für die kommenden Haushalte sein. Dafür aber bedarf es zwingend mehrerer Schritte.

Erstens: Wir müssen analog der Verankerung im Haushaltssicherungskonzept 2006 bis 2009 vor der Sommerpause eine Entschuldungskonzeption vorlegen, die im Grundsatz erkennen lässt, dass ein Ausgleich der Altfehlbeträge bis 2009 realistisch, die Vermeidung einer Nettoneuverschuldung ab 2007 sicher und eine weitere Reduzierung des ausgereichten Bürgschaftsvolumens wahrscheinlich ist. Diesbezüglich habe ich mit der Kämmerin Frau Kudla intensiv diskutiert und sie beauftragt, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Wir werden diese Entschuldungskonzeption im Stadtrat intensiv miteinander diskutieren. Dessen bin ich sicher.

Zweitens ist nach gegenwärtigem Stand absehbar, dass ein Ausgleich der Altfehlbeträge und eine weitere Reduzierung der Zinsausgaben nur über signifikante Beiträge aus dem städtischen Beteiligungsportfolio möglich sein werden. Dieses Portfolio wird gegenwärtig seitens der städtischen Beratungsgesellschaft, der bbvl, anhand der vom Stadtrat im Dezember 2005 beschlossenen vier Kriterien einer einschlägigen Prüfung unterzogen. Mit dem endgültigen Ergebnis rechne ich Ende dieses Monats.

Auf dieser Basis erfolgt dann drittens eine Tiefenanalyse im Zusammenhang mit Potenzialen insbesondere innerhalb der LVV-Gruppe. Dabei werden verschiedene Varianten und deren Auswirkungen auf die jeweiligen Einzelunternehmen und den LVV-Konzern als Ganzes sowie die Rückwirkungen auf den städtischen Haushalt in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht zu analysieren und darzustellen sein. Wir dürfen uns nicht durch einen kurzfristigen Effekt verführen lassen, der uns langfristig weniger bringt. Erst im Ergebnis der erwähnten Tiefenanalyse wird eine solide Basis für sachgerechte Entscheidungen vorliegen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Geschäftsführer der großen städtischen Unternehmen ihre städtische Verantwortung sehr genau kennen. In vielen Gesprächen habe ich nicht nur den Eindruck, sondern die Überzeugung gewonnen, dass wir es miteinander stemmen werden. Das geht nicht top-down, das geht nur in einem intensiven Dialog miteinander. Ich bin sehr dankbar für die vielen Stunden, die wir in den letzten Wochen miteinander gesprochen haben. Ich kündige an, dass seitens des LVV-Konzerns ein 200-Millionen-Euro-Betrag zur Entschuldung im Rahmen der Haushaltssicherung beigesteuert wird.

Ich habe in einer ganzen Reihe von intensiven Gesprächen die feste Überzeugung gewonnen, dass die Geschäftsführer in der Tat mit der Stadt agieren wollen, und ich bitte um Verständnis dafür, dass ich heute nicht konkreter werden möchte. Das Konzept muss nach allen Seiten abgewogen und klar sein, es muss den Stadtrat überzeugen und kann nicht ex cathedra verkündet werden. Wir brauchen noch die Zeit bis zur Sommerpause.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich machen, dass für mich aus einer ganzen Reihe von Gründen eine Vollprivatisierung der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft und vieler anderer städtischer Unternehmen, die der Daseinsvorsorge dienen, nicht zur Debatte steht.

Teilprivatisierungen, im Falle der LWB zum Beispiel auch Mieterprivatisierungen, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit des Unternehmens und damit der Reduzierung der Bürgschaftsrisiken für die Stadt müssen sorgfältig abgewogen, dürfen aber nicht ausgeschlossen werden. Vollprivatisierungen von KWL, SWL und LVB sind keine Optionen, die uns als Stadt dauerhaft handlungsfähig bleiben lassen. Davon bin ich überzeugt.

Im Zuge der Analysen wird es jetzt darum gehen zu klären, ob die Stadt einige Aufgaben in dieser Form zwingend selbst erfüllen muss und wo es Aufgaben gibt, die andere erfüllen können. Auch dazu ein offenes Wort: Stadtreinigung und Bestattungswesen sind nicht zwingend städtisch durchzuführende Aufgaben. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir gegebenenfalls Unternehmen oder Unternehmensteile neu organisieren, zusammenführen. Ich werde in enger Abstimmung mit der Kämmerin den Stadtrat in die Lage versetzen, harte, aber notwendige Entscheidungen zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt unter Abwägung der mittel- und langfristigen damit verbundenen Konsequenzen zu treffen.

Wie bereits mehrfach betont, sehe ich die Steuerung unserer Beteiligungen als eine der zentralen Aufgaben der Zukunft an. Die wesentlichen Beteiligungen werden daher Chefsache. In diesem Zusammenhang wird dem Stadtrat in den nächsten Wochen ein Vorschlag zur Stärkung der Mitentscheidungs- und Informationsrechte vorgelegt werden, der diesbezüglich deutlich über das gesetzlich vorgesehene Maß hinausgeht und dadurch die Verantwortung des Stadtrates erhöht.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, mit diesem Signal ganz bewusst zeigen, wie ernst es mir mit der stärkeren Einbeziehung des Stadtrates und seiner Gremien ist. Das Signal ist: Der Stadtrat muss an der Entwicklung unserer wichtigsten städtischen Unternehmen intensiv beteiligt werden. Ich will Transparenz, ich will eine offene Diskussion und dort, wo nötig, auch die Gewähr von Vertraulichkeit mit den Stadträten. Das müssen wir gegenseitig wieder entwickeln.

Alles in allem müssen wir am eingeschlagenen Entschuldungskurs festhalten. Wer allein in der Kategorie "Besitzstandswahrung" denkt, verspielt dauerhaft die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Für mich bedeutet dies unter den hierfür einschlägigen finanziellen Rahmenbedingungen: keine Netto-

neuverschuldung ab 2007, Reduzierung der Pro-Kopf-Verschuldung bis 2012 auf weniger als 1.500 Euro, Tilgungsvorsorge für das endfällige Darlehen 2009 und signifikante Reduzierung des Bürgschaftsvolumens bis 2009.

Wichtig erscheint mir an dieser Stelle aber auch die Feststellung, dass all diese Ziele auf dem jetzigen Planungsprozess beruhen. Wenn sich die Rahmenbedingungen ab 2007 entscheidend verändern, kann dies gegebenenfalls dazu führen, dass die Zielstellungen modifiziert werden müssen. Heute scheinen mir angesichts der jetzigen Sachlage die erwähnten Ziele erreichbar zu sein.

Wir müssen konsequent sparen, aber auch Augenmaß und Weitsicht bewahren. Sparen braucht Maßstäbe! Ich sprach mehrfach davon. Lassen Sie mich das anhand zweier Beispiele verdeutlichen: Manchmal muss zunächst investiert werden, um dann zu sparen. Dabei geht es zum Beispiel um Investitionen in neue Standorte oder in Teilbereiche bestehender Immobilien – Dach-, Fenster- und Betriebstechnik –, um mittelfristig zum Beispiel bei Miet-, Heiz- und Energiekosten zu sparen. Das betrifft zum Beispiel Schulen und Kitas. Manchmal fallen im Haushalt zusätzliche Kosten sofort messbar an, eine Entlastung kann aber erst in der Zukunft, oftmals indirekt und nicht immer in Geld messbar, eintreten. Ich nenne als Stichworte Marketing, Werbemaßnahmen und Jugendsozialarbeit.

Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn wir unseren internen Konsolidierungsprozess fortsetzen, indem wir zum Beispiel weiter an der Optimierung von Strukturen und Verfahren in unserer Verwaltung arbeiten und im Zuge der durchzuführenden Aufgabenkritik eine Subventionsanalyse als Basis eines Subventionsberichtes im ersten Halbjahr 2007 für 2006 vorlegen. Auch die selbst gesetzten Standards müssen noch einmal auf den Prüfstand: Wie muss ein Arbeitsplatz ausgestattet sein? Was ist Standard der Computerausstattung in unseren Schulen? Wie, zu welchem Standard und mit welchem Ziel soll Sportförderung organisiert werden?

Es ist, denke ich, legitim und richtig, dass wir versuchen, die Bürgerschaft dort einzubeziehen, dass wir in eine offene Diskussion gehen – dabei gibt es auch lobbyistische Interessen, die berücksichtigt werden müssen – aber dass wir hier in diesem Stadtrat miteinander in einem Abwägungsprozess jenseits von Partikularinteressen Entscheidungen treffen, die wir

gemeinsam nach außen vertreten, auch wenn wir im Einzelfall sehr, sehr heftig gestritten haben.

Meine Damen und Herren, die bekanntlich knappen Finanzmittel bedingen, dass wir uns auch im investiven Bereich klare Schwerpunkte setzen. Ich denke dabei an Mehrjahresprogramme für Schul- und Kita-Sanierung, gegebenenfalls unter Einbeziehung privaten Kapitals im Rahmen von PPP-Projekten. Ich beobachte mit großer Freude, dass sich manche Dinge deutlich in Bewegung setzen. Auch auf der Ebene des Freistaates, im Landtag ist die Diskussion im Gange. Ich bin sicher, wir werden hier neue Lösungswege gehen können, vielleicht auch mit einem Modellprojekt im Schulbereich. Wir werden mit der gebotenen Behutsamkeit den Stadtbau und die Sanierungsvorhaben fortführen. Wir werden nicht mehr über die großen Mittel verfügen, um schlagartig ganze Stadtteile zu entwickeln, aber wir werden Schritt für Schritt weitermachen und wir werden auch ein mehrjähriges Straßeninstandsetzungsprogramm auflegen müssen. Es wird nicht anders gehen. Vor Neubau wird Sanierung stehen.

Darüber hinaus müssen wir uns noch stärker als bisher mit den mit Investitionsvorhaben verbundenen Folgekosten beschäftigen, die im Gegensatz zur eigentlichen Investition ohne jegliche Förderung zu 100 Prozent aus unserem defizitären Verwaltungshaushalt finanziert werden müssen. Hier baue ich auf ein dezernatsübergreifendes Investitionscontrolling, bei dem verstärkt auch im Vorfeld von Entscheidungen die Kämmerei einbezogen werden muss.

Meine Damen und Herren, wie uns die Vergangenheit schmerzlich gelehrt hat, werden in vielen Fällen effektive Konsolidierungserfolge durch neue, kostenträchtige gesetzliche Vorgaben konterkariert. Auf Dauer werden die Kommunen allein die damit einhergehenden finanziellen Lasten nicht mehr tragen können. Aus diesem Grunde werde ich mich als Oberbürgermeister in den einschlägigen kommunalen Gremien des Deutschen Städtetages und des Sächsischen Städte- und Gemeindetages für eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzbasis einsetzen. Nach wie vor müssen wir konstatieren, dass das Konnexitätsprinzip "Wer bestellt, bezahlt" kontinuierlich unterlaufen wird – das jüngste Beispiel ist der biometrische Pass –, ganz zu schweigen davon, dass eine Gemeindefinanzreform im eigentlichen Sinne bis heute nicht stattgefunden hat.

Gegenüber dem Freistaat werde ich für einen fairen neuen Finanzausgleich eintreten. Dies beinhaltet zum Beispiel die Forderungen nach der Abschaffung der Switch-Klausel, nach einer Streckung des Darlehens sowie nach Verwendung investiver Schlüsselzuweisungen für investitionsbezogene Gutachter- und Planungskosten. Wieso eigentlich bisher nicht? Darüber hinaus plädiere ich für eine stärkere Berücksichtigung der zentralörtlichen Funktionen, für die Prüfung der Einführung eines Soziallastenansatzes und/oder die Berücksichtigung anderer Indikatoren in diesem Zusammenhang, wie zum Beispiel Geburten- und Pendlerzahlen, in Form von Nebenansätzen zum FAG. Wir müssen hier Bewegung schaffen, damit es im Verhältnis zwischen kreisfreien Städten und dem kreisangehörigen Raum etwas gerechter zugeht. Dabei sind die Effekte der geplanten Kreisgebietsreform auf das FAG auch den durch die Reform direkt nicht betroffenen Kommunen mitzuteilen. Eine Verschiebung der Finanzmassen zulasten der kreisfreien Städte darf es nicht geben.

Thema 3: Jugend und Familie – Die wachsende Stadt

Stadtrat und Stadtverwaltung haben Ende letzten Jahres strategische Ziele der Kommunalpolitik für die künftigen Haushaltsplanungen definiert. Jugend und Familie war dabei ein wichtiger Bereich. Ich zitiere noch einmal das Ziel: Es gilt "Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich in Leipzig eine ausgeglichenerere Altersstruktur entwickeln kann. In den kommenden Jahren wird – so die Beschlusslage – die Stadt ihr Handeln auf Kinder und Jugendliche und auf Familien mit Kindern ausrichten."

Diese Zielsetzung ordnet sich ein in eine derzeit bundesweit geführte Diskussion über Rahmenbedingungen, die das Leben mit Kindern erleichtern sollen. Das Thema erhält in der gesellschaftlichen Debatte endlich – und hoffentlich nicht nur temporär! – den ihm gebührenden Stellenwert. Wir haben uns in Leipzig seit Jahren auf diesen Weg begeben. Insofern freuen wir uns, dass dies bundesweit zum Thema wird.

Überdies sind wir in diesem Jahr von der erfreulichen Tatsache überrascht worden, dass unsere Stadt entgegen einem allgemeinen Trend in Sachsen wieder wächst und wieder zu einer Halbmillionenstadt geworden ist. Das hat zentrale Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Stadt: Werden wir eine wachsende Stadt sein oder wird die Bevölkerungszahl unserer

Stadt zurückgehen? Wir sollten alles tun, solche Rahmenbedingungen zu gestalten, damit sich junge Familien, Familien mit Kindern hier wohl fühlen und hier bleiben wollen, damit innovative, kreative junge Leute hier ihre Existenz gründen und damit wir insgesamt eine Lebensqualität erzielen, die es attraktiv macht, in Leipzig zu wohnen. Nur wachsende Städte haben eine Zukunft im Wettbewerb.

Diese Zielsetzung trifft auf einen Ist-Zustand, der laut aktueller Bürgerumfrage von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt offensichtlich viel, viel kritischer gesehen wird. Trotz einiger herausragender Kinder- und Jugendangebote – insbesondere im Kita-Bereich sind wir bundesweit wirklich führend – bewerten die 35- bis 49-Jährigen sowie die Erwerbstätigen die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt skeptisch. Nur geringfügig besser schätzen diesen Aspekt die 25- bis 34-Jährigen ein, also jene Altersgruppe, in der in der Regel die Entscheidung für oder gegen Kinder fällt. Ich denke, das sollte uns schon ins Grübeln bringen.

Die Stadt Leipzig stellt jedes Jahr weit über 120 Millionen Euro für die Betreuungsinfrastruktur zur Verfügung. Der Versorgungsgrad ist nicht nur im Vergleich zu den alten Bundesländern bekanntlich sehr gut. Mit ihrer Stadtstruktur und ihren Grünzügen verfügt die Stadt über ein Umfeld, das Leipzig nicht nur in der Peripherie, sondern auch im Herzen für junge Familien und Kinder lebenswert macht. Das ist wahrhaftig keine Selbstverständlichkeit für eine Großstadt. Und dennoch diese Skepsis!

Woran liegt es also, dass insbesondere von den Jungen die Familienfreundlichkeit eher negativ eingeschätzt wird? Warum ist es bisher trotz guter Voraussetzungen nicht gelungen, den imageprägenden Faktor Familien-, Kinder- und Jugendfreundlichkeit positiv zu besetzen?

Ich bin der Meinung, dass derzeit in Leipzig wie in Deutschland insgesamt Rahmenbedingungen existieren, die das Leben mit Kindern oftmals behindern, statt es zu erleichtern. Kinder zu bekommen und sie groß zu ziehen ist oft nur schwer vereinbar mit Karriereplanung, mit ausgesprochenen oder unausgesprochenen Erwartungen des Arbeitgebers. Wenn wir hier in Leipzig in Zukunft darüber reden wollen, wie wir Rahmenbedingungen verbessern können, wäre es sehr kurz gedacht, die alleinige Verantwortung bei der Stadtverwaltung und bei der Stadtpolitik zu verorten. Ebenso falsch wäre es, auf die Ergebnisse und Auswirkungen einer auf Bundesebene geführten Diskussion zu hoffen. Ich mache es an einem

Vergleich, einer alten Weisheit fest: Es braucht ein Dorf, um ein Kind groß zu ziehen!

Damit meine ich: Für eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und Kinder zu sorgen ist eben nicht die alleinige Aufgabe der Verwaltung und des Stadtrates, sondern es ist eine gesamtgesellschaftliche Stadtaufgabe. Wir brauchen hier auch ein neues Klima in den Personalabteilungen und in den Stadtquartieren. Wir können und müssen viel mehr tun, damit junge Menschen den Mut finden, eine Familie zu gründen. Dafür brauchen wir ein Klima, eine Atmosphäre. Dafür brauchen wir Unternehmen, die erkennen, dass sich Investitionen in eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszahlen. Und ich weiß, dass allein das Wünschen wenig helfen wird. Deshalb werde ich mich auch diesem Thema in besonderer Weise widmen und klammere den Arbeitgeber Stadtverwaltung dabei nicht aus. Als ein Ziel stelle ich mir vor, dass die Stadtverwaltung selbst auf ihre Familienfreundlichkeit als Arbeitgeber und als Dienstleister überprüft werden muss. Ich denke, auch die großen städtischen Beteiligungen und Unternehmen müssen dieses Thema sehr ernst nehmen und als ein strategisches Ziel der Stadt beachten.

Dem lokalen Bündnis für Familie ist es in der kurzen Zeit seines Bestehens gelungen, das vorhandene zahlreiche Engagement der Wirtschaft zu bündeln. Ziel muss es sein, eine selbstständige, professionelle tragende Struktur zu etablieren, die finanzielle Mittel für kinder- und familienfreundliche Projektarbeit generiert und verwaltet.

Ich stehe dafür, dass wir im Rahmen des finanziell Möglichen das Angebot an Kita-Plätzen weiter ausbauen und dass es weiterhin einen uneingeschränkten Zugang zu unseren Kindergärten und Horten gibt. Im Krippenbereich werden wir sicherlich kurzfristig nicht alle Wünsche erfüllen können. Auch das gehört zur Wahrheit. Darüber hinaus muss sich die strategische Schwerpunktsetzung des Stadtrates auch in den kommenden Vermögenshaushalten der Stadt widerspiegeln. Uns muss bewusst sein, dass es nicht viel sein wird, was wir zu verteilen haben – auch und gerade im Vermögenshaushalt. Umso mehr müssen wir manchmal zuspitzen. Wir werden miteinander abwägen müssen, ob eine Straße oder eine Schule saniert werden soll. Ich freue mich auf diese Diskussion. Sie können sich vorstellen, dass ich oftmals Partei für die Fraktion übernehmen werde, die sich für Schule und Kita einsetzt.

Henry Ford wird gern mit dem Satz zitiert: "Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor – sie beginnt im Klassenzimmer." Heute wissen wir, dass sie viel früher beginnt: Sie beginnt in den ersten Lebensjahren, in der Kinderkrippe, im Kindergarten, bei den Tagesmüttern und Tagesvätern. Daher bin ich dafür, dass wir den Erhalt und den Ausbau einer bedarfsgerechten und qualitätsvollen Kinderbetreuung im Rahmen der finanziellen Spielräume zu einem zentralen Ziel unserer Stadtpolitik machen. Tragende Säule dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine Damen und Herren, Verwaltung und Politik haben mit der Schulentwicklungsplanung eine wesentliche Grundlage für sichere Schulstandorte geschaffen. Ich wünsche mir sehr, dass wir in diesem Jahr einen quälenden Prozess zu Ende bringen. Es geht uns um für die kommenden zehn Jahre sichere Schulstandorte, damit die Eltern wissen, wo ihre Kinder zur Schule gehen können. Wir haben in dieser Hinsicht miteinander schon viel geschafft. Wir haben abgewogen und manchmal Kompromisse geschlossen, aber wir haben einen wesentlichen Schritt getan, und ich bin sicher, dass uns die Schulnetzplanung, die im Herbst vorliegen wird, diese Sicherheit geben kann. Es gibt keine Alternative zu einer konsequenten Planung, die regionale Besonderheiten in unserer Stadt in den Blick nimmt, die den Bedürfnissen der Kleinen und den unterschiedlichen Bildungsgängen von mittleren bis höheren und von beruflichen Abschlüssen Rechnung trägt und dennoch klar die gesunkenen Schülerzahlen berücksichtigt.

Um hier auch einmal deutlich mit Klischees aufzuräumen: Wenn wir uns konsequent dafür entscheiden, dass unrentable Schulgebäude geschlossen werden, sparen wir nicht auf Kosten der Jugend, sondern wir schaffen die Basis für qualitativvolles Lernen und für nachhaltiges Investieren in Schulgebäude, in denen Jugendliche lernen sollen.

Mit diesen drei Punkten habe ich, denke ich, drei wesentliche Handlungsfelder für das strategische Ziel "Jugend und junge Familie" skizziert. Es ist mir sehr wichtig, dass die Formulierung dieser stadtpolitisch wichtigen Zielsetzung nicht missbraucht wird, um Generationen gegeneinander auszuspielen. Deswegen muss ich das erwähnen, obwohl Sie wissen, dass ich dafür stehe.

Als Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule habe ich dieses Amt immer auch als eine Anwaltschaft für die, die keine Stimme haben, verstanden. Ich wünsche mir auch von dem zukünftigen Beigeordneten und von diesem Haus diese Anwaltschaft. Die Qualitätsentwicklung in der Altenhilfe war und ist mir genauso wichtig wie die in der Jugendhilfe. Den Anspruch, Anwalt der Schwachen und derjenigen zu sein, die keine starke Lobby haben, erwarte ich auch künftig für diesen Bereich der Verwaltung. Wir brauchen dabei eine ganz aktive Partnerschaft von Vereinen und Verbänden. Bitte, helfen Sie mit – das sage ich auch in die Richtung der hier anwesenden Wohlfahrtsverbände –, dass Leipzig eine Stadt des sozialen Zusammenhalts bleibt. Gerade wenn unsere finanziellen Spielräume enger werden, halte ich das Miteinander von öffentlicher Hand und subsidiären Hilfestrukturen für unverzichtbar. Wir haben in Leipzig beispielhafte Strukturen sowohl in der Jugend- als auch in der Behinderten- und in der Altenhilfe. Bitte, arbeiten Sie mit daran, dass das so bleibt.

Thema 4: Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren, wer kennt sie nicht, unsere Baustellen, aufgerissene Straßen, genervte Autofahrer – manchmal zur Unzeit befragt –, verstaubte Fußgänger? Leipzig erlebt und erlebte in den letzten 15 Jahren eine unglaubliche Dynamik an baulichen Maßnahmen. Aber die Ergebnisse werden, so denke ich, nach und nach immer sichtbarer. Wer auf der Prager Brücke steht, wer die Jahnallee abschreitet, stellt fest, dass sich die Ergebnisse sehen lassen können. Wir haben viel geschafft. Das gilt im Übrigen auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs, wovon sich jeder überzeugen kann.

Die Stadt bietet anspruchsvollen, individuellen und dennoch preisgünstigen Wohnraum unterschiedlichster Qualität für alle Bürgerinnen und Bürger in den unterschiedlichsten Wohngebieten. 80 Prozent der Gründerzeithäuser sind saniert. Im Zuge der bisherigen behutsamen Stadtentwicklung ist es durch die Beseitigung der Umweltschäden, durch die Weiterentwicklung des urbanen Grün- und Gewässersystems und durch dessen Vernetzung mit den neuen Erholungslandschaften im Süden der Stadt gelungen, die Lebensqualität dieser Stadt erheblich zu steigern, was sich nicht zuletzt auch in einer hohen Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Die Ergebnisse der jüngsten Bürgerumfrage

belegen dies eindrucksvoll. Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind daher kein Selbstzweck, sondern dienen den Menschen unserer Stadt.

Aber lassen Sie mich auch die andere Seite nicht verschweigen: Eine ganze Reihe Quartiere haben nach wie vor einen erheblichen Entwicklungsbedarf, der auch nicht kurzfristig behoben werden kann. Der Zustand der Straßen im Nebennetz und in den Ortsteilen ist allen bekannt. Nach wie vor haben wir einen sehr großen Sanierungsbedarf in öffentlichen Gebäuden, insbesondere im Schulbereich. Bei den Kitas sind wir inzwischen ganz gut vorangekommen.

Es ist daher mein erklärtes Ziel, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Stadt- und Stadtteilentwicklung behutsam fortzusetzen. Wir werden nicht in jedem Fall jeden Kompromiss schließen können. Es wird Konflikte geben. Auch die müssen wir aushalten. Wir werden auch nicht jedes denkmalgeschützte Haus retten können. Auch das gehört zur Wahrheit. Aber ich glaube, dass wir miteinander gut beraten sind, mit den Menschen vor Ort weiter nach einer Lösung zu suchen und Entscheidungen, wenn sie gefallen sind, auch zu vollziehen.

Es wird deutlich weniger Großinvestitionen und dafür mehr Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen geben. Und es wird Quartiere und Stadtteile geben, die besondere Aufmerksamkeit brauchen. Auch dies ist alternativlos. Wir müssen die Projekte im Rahmen der URBAN- und der EFRE-Förderung unbedingt weiterführen. Es ist viel zu tun, gerade auch im Osten unserer Stadt. Ich möchte dafür Sorge tragen, dass die Instrumente der Stadtentwicklung und der Sozialplanung noch stärker aufeinander abgestimmt werden und mit integrierten Förderprogrammen die Weiterentwicklung von so unterschiedlichen Stadtteilen wie dem Leipziger Osten, Grünau oder auch dem inneren Westen sichergestellt wird.

Dabei müssen wir auch neue Wege wagen. Die Interaktion mit den Bürgern vor Ort gerade im Vorfeld der Maßnahmen können wir noch verbessern. Ich denke, den fraktionsübergreifenden Antrag aus dem Stadtrat zu mehr Mitwirkungsrechten beim Einsatz finanzieller Mittel vor Ort sollten wir umsetzen. Das ist ein wichtiger Beitrag, mit den Menschen im Stadtteil zu planen und dafür auch einen Haushaltsansatz zu finden.

Thema 5: Kultur, Wissenschaft und Sport

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass die kulturelle Vielfalt für diese Stadt Lebenselixier, Atemluft ist. Leipzig verfügt diesbezüglich über eine überdurchschnittliche Infrastruktur und über ein unglaubliches Niveau. Ich kann das Bachfest nennen, das Gewandhaus, den Thomanerchor. Aber selbst dort besteht meines Wissens noch weiteres Entwicklungspotenzial.

Im Gegenzug ist aber auch klar, dass sich Kultur gerade auch in Zeiten knapper Kassen einer kritischen Selbstreflexion hinsichtlich Effizienz und Effektivität unterziehen muss. Ich habe sehr wohlwollend den Vorschlag der Oper entgegengenommen, eine Einsparung von 2,7 Millionen Euro zu erzielen. Das ist ein positives Signal, aber es geht nicht weit genug.

Wie Sie wissen, kann ich mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt Sparten-schließungen nicht vorstellen. Aber dieses Bekenntnis steht natürlich unter dem klaren Vorbehalt der Ergebnisse der Bemühungen um weitergehende Einsparungen im Bereich Kultur. Nein, ich will keine Sparte schließen, aber wir müssen insgesamt mehr sparen. Deswegen ist der Auftrag ergangen, weitere Potenziale auszuschöpfen. Die Vorschläge sind gemacht und ich weiß, dass Kollege Dr. Girardet sehr intensiv mit den Betriebsleitern agiert. Ich sehe auch hier – lassen Sie mich das sagen – keine Verweigerungshaltung, keine Abschottungsmentalität, sondern ich erlebe Betriebsleiter, die sehr wohl wissen, wie es um die Stadt steht, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und die aktiv mit uns diesen Weg gehen wollen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir hier vorwärtskommen.

Die bereits vorliegenden Ergebnisse des so genannten Kulturrankings werden zusammen mit den damit verbundenen finanziellen Größenordnungen letztlich Eingang in die Kulturentwicklungsplanung finden. Aber auch hierbei bin ich realistisch: Das Ziel ist, diese Vorlage dem Stadtrat vor der Sommerpause zu unterbreiten. Schneller geht es nicht.

Es muss unser aller Ziel sein, darin auch für den Kulturbereich klare strategische Ziele zu formulieren. Dazu zählt für mich insbesondere die Etablierung des Bachfestes als internationales Highlight. Das Bachfest Leipzig muss vom internationalen Standing her in einigen Jahren mit den Salzburger Festspielen mithalten können. Das muss unser Ziel sein.

(Stadtrat Schlegel, Die Linke.PDS: Das können wir nicht bezahlen!)

– Herr Schlegel, das werden wir sehen. Aber das Ziel muss klar sein.

Dem Museum der Bildenden Künste muss ins Stammbuch geschrieben werden, was seine Aufgabe in den nächsten Jahren ist. Mit einer solchen Investition muss nachweislich ein Tourismusfaktor einhergehen. Das heißt, wir brauchen dort deutlich sichtbare Zeichen.

Vor uns liegen mehrere Jubiläen. Ich denke an das Mendelssohn-Jahr, an die 800-Jahr-Feier der Thomaner oder auch an 200 Jahre Völkerschlacht im Jahre 2013. Schon die Jubiläen legen nahe, dass wir uns konzentrieren, Ziele definieren und Potenziale zu heben versuchen.

Natürlich wird die kulturelle Vielfalt einer Stadt nicht allein von den Leuchttürmen geprägt. Gerade der so genannten Soziokultur, der freien Szene, kommt eine große Bedeutung zu. Sicherlich – das gehört zur Wahrheit und da hat Herr Schlegel Recht – haben wir insgesamt nicht mehr zu verteilen. Die Frage ist aber, wie wir das Geld einsetzen. Für mich ist die freie Szene mit ihren vielfältigen Angeboten unverzichtbarer Bestandteil der lebendigen, quirligen Kultur dieser Stadt.

Ich habe Herrn Beigeordneten Müller gebeten, in den nächsten Wochen zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe einzuladen, um mit ihr Schwerpunkte und Prioritäten, aber eben auch Nachrangigkeiten zu besprechen. Das steht seit langem an. Wir wollten dies bereits früher tun. Die Oberbürgermeisterwahl hat dies verhindert; sonst hätte ich mit dieser Arbeitsgruppe zusammengesessen. Aber ich denke, es ist noch nicht zu spät und wir werden dieses Thema miteinander angehen.

Ich möchte darauf verweisen, dass die Entwicklung entsprechender Kulturszenen manchmal auch nicht von der direkten finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand abhängen muss. Was in der ehemaligen Baumwollspinnerei ohne städtische Unterstützung der Kunstszene gewachsen ist, ist großartig. Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Der Rückgang öffentlicher Gelder führt nicht zwangsläufig zu weniger Kultur. Auch hier sind Kreativität und Innovation Motor.

Apropos Kreativität: In diesem Kontext ist dem Thema Wissensvermittlung Raum zu widmen. Wie Sie alle wissen, sind die Geschichte unserer Stadt

und die Geschichte unserer Universität eng miteinander verknüpft. Leipzig ist heute eine moderne Universitätsstadt mit einem reichen Angebot an Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Natürlich steht an erster Stelle die Universität; aber auch die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, die Hochschule für Grafik und Buchkunst, die Hochschule für Musik und Theater und die Handelshochschule sind international gefragte Einrichtungen. Leipzig ist zudem Sitz der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, des Umweltforschungszentrums Leipzig/Halle, dreier Max-Planck-Institute, dreier Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz und seit neuestem eines ersten Instituts der Fraunhofer-Gesellschaft.

Die Stadt Leipzig hat schon seit 1990 die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in unserer Stadt aktiv mitbetrieben. Jüngste Erfolge waren das von der Bundesregierung getragene Ost-West-Zentrum für Wirtschaft und Kultur und die Vorentscheidung für das Deutsche Biomasseforschungszentrum. Ich hoffe sehr, dass es uns in nächster Zukunft gelingt, eine endgültige Entscheidung für Leipzig zu erreichen. Ich bin in entsprechenden Kontakten und werde mich nachdrücklich dafür einsetzen. Dabei bitte ich Sie entsprechend Ihren Möglichkeiten um Unterstützung.

Leipzig ist also bereits eine Stadt der Wissenschaften. Über 50.000 Leipziger – Studenten, Wissenschaftler, Forscher und Mitarbeiter der Einrichtungen – finden hier Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten. Es existiert eine Fülle städtischer Arbeitskontakte zu allen Wissenschaftseinrichtungen in Leipzig. Diese Kooperation wollen wir weiter intensivieren.

Verkürzte Studienausrichtungen auf den Abschluss von Bachelor und Master stehen an, außerdem die immer weiter wachsende Konkurrenz um Ressourcen und Studenten, um "Exzellenz", um Evaluierung, um Rangordnungen. Wir sollten das uns Mögliche tun, um die Universität und die Wissenschaftseinrichtungen zu unterstützen, sich diesem Prozess zu stellen und Veränderungen einzuleiten. Wir sollten die Universität auch bei dem Vorhaben, "Exzellenz" nach außen zu dokumentieren, unterstützen.

Unsere Universität als zweitälteste Alma mater auf deutschem Boden feiert im Jahr 2009 ihren 600. Geburtstag. Dieses Datum ist eine großartige Chance. Daher begrüße ich ausdrücklich die zwischen der Stadt und der Universität bereits auf vielen Gebieten laufenden Abstimmungen zu diesem Thema und ich gehe davon aus, dass sich auch der Freistaat mit

mehr als nur einem symbolischen Beitrag beteiligen wird. Im Ergebnis dessen wird dann seitens der Universität eine Gesamtkonzeption vorgelegt werden, die Basis einer entsprechenden Stadtratsvorlage sein wird.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie heute schon ein, sich auf das Jahr 2009 zu freuen und Ihre Vorschläge einzubringen. Ich hoffe sehr, dass auch das Bauvorhaben am Augustusplatz rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, Leipzig ist Kultur- und Universitätsstadt, aber Leipzig ist und bleibt auch eine Sportstadt. Um allen Missverständnissen vorzubeugen, sage ich ausdrücklich: Die Leistung der Vereine im Kinder- und Jugendsport, im Breiten- und Behindertensport kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mittlerweile sind über 70.000 Menschen in unserer Stadt in Sportvereinen organisiert. Neben der Gesundheitsförderung sind diese Sportvereine oftmals der soziale Kitt unserer Stadtgesellschaft. Ich bekenne mich ausdrücklich zu einer weiteren Förderung, auch wenn die finanziellen Spielräume denkbar klein sind. Auch da wird es nur im Miteinander mit den Verbänden möglich sein, weiterhin eine aktive Breitensportentwicklung zu betreiben; denn ich weiß sehr wohl, dass 1 Euro in einem Sportverein oftmals 3 oder 4 Euro zurückbringt. Dennoch wird es schwierig werden, in allen Bereichen die Niveaus zu halten.

Ein Problem will und kann ich in diesem Zusammenhang nicht verschweigen. Das gehört zur Aufrichtigkeit: Es ist das Thema Fußball. Um es ganz deutlich zu sagen: Die öffentliche Hand hat ihre Hausaufgaben gemacht! Wir haben ein wundervolles Stadion mit allen infrastrukturellen Möglichkeiten. Ein privater Partner hat seinerseits ebenfalls sehr viel in dieses Vorhaben investiert. Alle Beteiligten verkünden seit Jahren immer wieder, dass für sie das Ziel klar sei: endlich wieder bezahlter Fußball in unserer Stadt. Trotz dieser Bekundungen laufen wir Gefahr, dass nach der Weltmeisterschaft dieses Stadion eben nicht angemessen genutzt werden kann.

Natürlich ist es ein Problem, wenn öffentliche Mittel für ein Weltmeisterschaftsstadion eingesetzt werden und wenn dieses Stadion anschließend nicht ansprechend genutzt wird. Nur, ich lasse mich von der Presse auch nicht in die Chefrolle der Fußballentwicklung drängen. Die Hauptverantwortung für die Entwicklung des Fußballs liegt eben nicht auf der Seite der

öffentlichen Hand. Wir können kein Ausfallbürge für Versagen an anderer Stelle sein. Sportliche Entwicklung ist sportliche Entwicklung.

Selbstverständlich ist uns allen klar, dass die Entwicklung eines Fußballvereins zur Nutzung des Stadions ein gesamtstädtisches Ziel sein muss. Ich will da überhaupt nicht kneifen. Natürlich rufe ich zu einer konzertierten Aktion auch die Wirtschaft auf; denn der Steuerzahler wird fragen, wie das Stadion genutzt wird, und er stellt mit Recht diese Frage. Ich rufe insbesondere alle Vereine und Verbände und die Wirtschaft zu einer konzertierten Aktion auf, um in den nächsten fünf Jahren in dieser Stadt das Ziel "bezahlter Fußball" zu erreichen. Aber die Stadt ist in diesem Zusammenhang kein Ausfallbürge.

Thema 6: Umwelt, Ordnung und Sicherheit

Die aktuelle kommunale Bürgerumfrage zeigt, dass sich zwei Drittel der Leipzigerinnen und Leipziger in ihrer Wohngegend sehr sicher oder zumindest sicher fühlen. Das ist ein gutes Ergebnis und bedeutet im Vergleich zu 2002 auch eine leicht positive Entwicklung. Ich danke der Polizei für die Sicherheitspartnerschaft, die wir haben. Dennoch muss offen angesprochen werden, dass es auch Probleme gibt, denen wir uns zuwenden müssen. Hierzu zählen Vandalismus, Zerstörungen in Grün- und Erholungsanlagen, die Beeinträchtigung durch Verunreinigungen und auch das Thema illegale Graffiti. Das sind eben keine Kavaliersdelikte, ganz abgesehen davon, dass die Beseitigung der Folgen jährlich erhebliche Finanzmittel bindet. Es ist schlichtweg inakzeptabel, wenn einige wenige unserer Gemeinschaft die Kosten ihres Handelns auf uns alle abwälzen.

Vieles hängt davon ab, ob Leipzig als sicher und lebenswert empfunden wird, und zwar sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern selbst als auch von denen, die vorhaben, in diesen Standort zu investieren. Eine lebendige, lebensfrohe Stadt, die das subjektive Sicherheitsgefühl des Einzelnen stärkt und gleichzeitig fördert, ist unverzichtbare Bedingung für den inneren Zusammenhalt sowie Voraussetzung für die Solidarität zwischen den Generationen. Wir müssen das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen. Kommunale Sicherheit ist auch Prävention in allen Lebensbereichen und ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf, mit wachen Augen und couragiert unsere Stadt als die ihre zu verstehen. Wir brauchen Partner. Es gibt gute Anfänge bei einer Reihe von Projekten, so bei der Pflege des öffentlichen Raumes und von Grünanlagen und im Zusammenhang mit Graffiti-projekten. Die Bürgervereine sind uns ein wesentlicher Partner. Wir sollten diese Zusammenarbeit weiterentwickeln und in Verbindung mit der ARGE auch dem Thema Beschäftigungsfelder für langzeitarbeitslose Menschen im öffentlichen Raum neue Impulse geben.

Meine Damen und Herren, Leipzig ist und bleibt eine weltoffene Stadt und heißt auch zukünftig seine ausländischen Mitbürger willkommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eines noch einmal klarstellen: In unserer Stadt ist kein Platz für fremdenfeindliche und neonazistische Aktionen und Provokationen. Leipzig ist eine weltoffene, internationale und gastfreundliche Stadt und Leipzig hat in besonderer Weise über die Jahrhunderte hinweg aus dem Zuzug von Zuwanderern und Zugereisten immer wieder neue Kräfte entwickelt. Ich kündige die Fortsetzung des bisherigen Widerstandes gegen die ewig gestrigen, fremdenfeindlichen Ideologien an und gedenke auch persönlich unter dem Motto "Courage zeigen" gemeinsam mit allen meinen Kollegen einzustehen. Und ich denke, Sie werden dies auch tun. Allerdings verbinde ich diese klare Aussage mit dem Appell an alle, dies entschieden, aber friedlich zu tun. Gewalttourismus jedweder Art ist von uns allen auf das Schärfste zu verurteilen.

Wir haben ein bewährtes Netzwerk im Kriminalpräventiven Rat. Dieses Netzwerk sollten wir in guter, bewährter Zusammenarbeit ressortübergreifend weiterführen. Ich will Ihnen nicht verschweigen, dass wir uns um den Präventionstag 2008 beworben haben und große Chancen sehen, Ausrichter dieser großartigen Veranstaltung auf Bundesebene zu werden. Das wird uns weitere Impulse geben.

Thema 7: Zusammenhalt, bürgerschaftliches Engagement und Demokratieverständnis

Als gewählter Oberbürgermeister dieser Stadt sehe ich mich in der Pflicht, während meiner Amtszeit immer wieder neu um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu werben. Dabei gibt es zwei zentrale Ansätze:

Der erste Ansatz ist die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Keine andere als die kommunalpolitische Ebene bietet solche Möglichkeiten, Menschen direkt und unmittelbar in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Es ist alternativlos, dass wir hier neue Wege gehen im Umgang, in der Interaktion, im steten Dialog. Es kommt darauf an, die Atmosphäre der Stadt so zu gestalten, dass Freiraum für neue Kooperationsmodelle entsteht, aber auch dafür, Konflikte auszutragen. Die Erfüllung dieses Anspruchs ist naturgemäß ein fortlaufender Prozess. Und ich sage deutlich: Es ist ein Prozess des Ausprobierens neuer Modelle, der immer auch die Möglichkeit des Scheiterns in sich birgt.

Mein Ziel ist es, die Haushaltsplanung der Stadt den Bürgerinnen und Bürgern künftig nachvollziehbar zu vermitteln. Wenn wir aktive Teilhabe wollen, ist es zwingend, dass verständlich und aktuell informiert wird. Das Internet eröffnet hier Möglichkeiten, die wir verstärkt nutzen sollten. Dazu sind wir in einer Arbeitsgruppe auf einem sehr guten Weg. Mein Ziel ist es, für den Diskurs über tagesaktuelle Themen vorhandene Podien wie die Bürgersprechstunde zu nutzen und neue auszuprobieren. Man muss vor Ort sein. Wir müssen in Kontakt kommen. Das gilt für Sie als Stadträte, das gilt für die Beigeordneten und das gilt auch für den Oberbürgermeister.

Mein Ziel ist es, die Ortschaftsräte und die Stadtbezirksbeiräte in ihrer Entscheidungskompetenz zu stärken - soweit es der rechtliche Rahmen zulässt. Das Thema Bürgerhaushalt habe ich genannt. Die OBM-Sprechstunde im Stadtbüro wird es einmal im Quartal geben. Darüber hinaus habe ich die Absicht, einmal im Monat mit dem Stadtbüro auf Wanderschaft in einen Stadtbezirk zu gehen.

Nun zum zweiten zentralen Ansatz, nämlich zur politischen Kultur. Ich sehe es als unsere gemeinsame Aufgabe an, glaubwürdig und kompetent die Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Dazu gehört eine politische Kultur, die getragen ist von Respekt, von Anstand und von den gemeinsamen Interessen unserer Stadt.

In diesem Zusammenhang haben Sie, Stadträtinnen und Stadträte, zu Recht festgestellt, dass Transparenz auf Verwaltungsseite die Voraussetzung für die Fähigkeit ist, Entscheidungen zu treffen, und dass erst diese unsere Transparenz Ihnen eine Kultur des Vertrauens ermöglicht. Diesem berechtigten Anliegen möchte ich gern entsprechen. Dafür stehe ich, und

zwar durch eine Informationspolitik, die in Einzelfällen auch über den gesetzlichen Rahmen hinausgeht, durch die Ausweitung des Instruments der Vorabinformation sowie durch die Weiterentwicklung des Ratsinformationssystems und durch die klare Regelung der Verantwortlichkeiten.

Die Erfüllung unserer gemeinsamen Aufgaben gegenüber den Bürgern erfordert die Einhaltung zweier Spielregeln, die für beide Seiten gelten: Erstens meine ich hiermit das Gebot der Diskretion dort, wo es nötig ist. Im Interesse unserer Stadt kann und darf es nicht sein, dass Ergebnisse verwaltungsinterner Gespräche, strategischer Überlegungen und komplexer Verhandlungen manchmal im Wortlaut nach außen gelangen. Und es ist nicht akzeptabel, dass Inhalte aus nichtöffentlichen Sitzungen am nächsten Tag mit konkreten Einzelheiten in der Zeitung zu lesen sind.

Damit wir uns nicht missverstehen: Es soll überhaupt nichts unter den Teppich gekehrt werden. Es muss eine Kultur des Umgangs miteinander da sein, bei der wir uns aufeinander verlassen können. Nicht alles, was im kleinen Kreis diskutiert wird, kann öffentlich gesagt werden. Vertrauen kann auf beiden Seiten nur entstehen, wenn jede der beiden Seiten Vertrauen gewährt und auch erfährt. Wir wollen der Öffentlichkeit keine Informationen vorenthalten. Es geht nur um ein geordnetes Arbeiten. Manchmal werden der Sache wegen Informationen zurückgehalten, um beispielsweise eine Investition, eine Personalentscheidung oder bestimmte Entwicklungen nicht zu gefährden.

Ich bitte Sie zweitens darum, bei Meinungsverschiedenheiten auf Fairness und Respekt zu achten. Die Erfahrungen der letzten Monate geben durchaus Anlass, dies noch einmal zu betonen. Wir sollten uns – denn das ist ein Stück Demokratie – in der Sache durchaus heftig streiten und auseinander setzen, aber wir sollten vor persönlichen Angriffen Halt machen.

Meine Damen und Herren,

am Schluss meiner Rede möchte ich ein Wort an die Verwaltung richten. Um die Handlungsfelder, die ich eben beschrieben habe, zu bestellen, bedarf es einer funktionierenden, effizienten, bürgerorientierten, guten Verwaltung. Wie die Umfragen der letzten Jahre zeigen, werden die Leis-

tungen vieler Stellen der Verwaltung von den Bürgerinnen und Bürgern mit Gut bis Sehr gut bewertet. Darauf darf man auch einmal stolz sein. Darin spiegelt sich nicht zuletzt die Motivation vieler Beschäftigter, auch unter den bekannten Rahmenbedingungen der 36-Stunden-Woche als Dienstleister für die Menschen in unserer Stadt die jeweiligen Anliegen best- und schnellstmöglich zu erledigen.

Ebenfalls aus den Diskussionen um unsere Haushaltssicherungskonzepte ist der Umstand bekannt, dass der Personalbestand der Verwaltung seit Jahren signifikant sinkt. Wir werden perspektivisch die Grenze von 5.000 Stellen unterschreiten. Das ist deutschlandweit ein Spitzenwert im Sinne einer schlanken Verwaltung. Wenn der Gesetz- und Verordnungsgeber aber nicht aufhört, der kommunalen Ebene kontinuierlich Aufgaben zuzuweisen, und zwar meistens noch ohne finanziell adäquaten Ausgleich, dann sind dem Personalabbau auch klare Grenzen gesetzt. Gleiches gilt für Bereiche, in denen wir objektiven Entwicklungen auch in personeller Hinsicht Rechnung tragen müssen. Ich denke dabei an die Kita-Entwicklung und an die Situation im Ordnungsamt angesichts des neuen Ausländerrechts.

Sicherlich können und werden wir durch Umpriorisierung von Aufgaben auch Ressourcen umverteilen. Aber auch dieser Prozess ist endlich. Aus finanziellen Zwängen heraus haben wir schon heute kaum noch Neueinstellungen und die Ausbildung orientiert sich strikt am Eigenbedarf. Kann dies bei der Altersstruktur unserer Verwaltung aber auf Dauer der richtige, wirtschaftliche Weg sein? Um noch effizienter, wirtschaftlicher und bürgernäher zu werden, werden wir unsere Verwaltung selbstverständlich auch weiter verändern müssen, und zwar im Prozess. Eine Änderung der Verwaltungsstruktur kann und darf dabei aber nicht unter dem alleinigen Primat der kurzfristigen Haushaltskonsolidierung stehen. Auch hier muss gegebenenfalls in Teilbereichen erst investiert werden, um mittelfristig Kosten zu sparen. Ich plädiere für die Etablierung einer Informations- und Feedback-Kultur, insbesondere durch Weiterentwicklung von Intra- und Internetoptionen.

Ich sage ganz bewusst: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Erfahrungen und ihr Wissen sind der Rückhalt der Verwaltung. Wir sind nur so gut, wie unsere Gesamtverwaltung personell untersetzt ihre Arbeit tut. Die absehbare Haushaltlage erfordert, dass die beschlossenen Reduzierun-

gen im Stellen- und Personalbereich umgesetzt werden, aber wir dürfen die Ziele dabei nicht aus den Augen verlieren.

Erstens setzt der Tarifvertrag als Ziel die schrittweise Rückkehr zur Vollbeschäftigung voraus. Zweitens muss die Verwaltung arbeitsfähig bleiben und die hohe Qualität der Arbeit muss erhalten werden. Drittens müssen wir Prioritäten setzen. Das heißt, wir dürfen nicht nach dem jetzigen System weitere Kürzungsmöglichkeiten suchen, sondern wir brauchen eine neue Kultur des Umgangs. Ein Einstieg wird darin bestehen, dass bei personellen Veränderungen im Einzelnen geprüft wird, ob ein Einsatz wirklich notwendig ist oder ob das Ausscheiden eines Mitarbeiters Ansatzpunkt für eine neue Entscheidung sein kann. Wir werden in einem intensiven Diskussionsprozess zwischen dem Dezernat Allgemeine Verwaltung und den Fachdezernaten und Fachämtern die Möglichkeiten erörtern, die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen. Sozialverträglicher Personalabbau ist das eine; organisatorische Veränderungsprozesse sind das andere. Ich verspreche mir hiervon eine stärkere Kompetenzbündelung und Prozessorientierung bis hin zu einer Einzelentscheidung jenseits von Ösen und Haken.

Epilog:

Verehrte Anwesende, mit meinen Ausführungen habe ich zu verdeutlichen versucht, welche bestehenden Problemlagen zu meistern und welche neuen großen Herausforderungen aus meiner Sicht zu bewältigen sind. Dabei habe ich eine ganze Reihe von Themen, die mir auf der Zunge lagen, noch gar nicht angesprochen und ich bitte dafür schon jetzt um Verzeihung. Ich könnte über Umwelt reden, ich könnte über die Grünanlagen reden, ich könnte mit Ihnen trefflich über Abfallentsorgung sprechen. Letzteres werden wir ja heute noch tun. Ich mache jetzt einen Schnitt.

Nicht alles ist in einer Stunde und auch nicht in sieben Tagen leistbar. Aber ich wollte deutlich machen, dass wichtige Handlungsfelder vor uns stehen und dass ich keine Patentrezepte habe. Wenn ich sie hätte, hätte ich Ihnen heute das Ergebnis als Buch auf den Tisch gelegt. Ich hoffe aber, dass ich ungeachtet dessen klar zum Ausdruck gebracht habe, wofür ich unter den gegebenen Rahmenbedingungen inhaltlich stehe und wofür nicht.

Anhand der zuvor nicht abschließend skizzierten Vielfältigkeit der Aufgaben ist, denke ich, aber deutlich geworden, dass wir einen Weg vor uns haben, der sehr lang sein kann und auf dem wir manchmal innehalten müssen und nicht so schnell entscheiden dürfen. Manchmal muss man auch dreimal überlegen. Ich bitte um Verständnis, wenn dann eben im Herbst nicht alles auf dem Tisch liegt, was man sich wünscht. Wir können nämlich auf diesem Weg viele Fehler machen und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt verbauen.

Ich möchte zum Abschluss dazu ein passendes Gleichnis zitieren: Jeden Tag erwacht in Afrika eine Antilope. Instinktiv ist ihr klar, dass sie schneller laufen muss als der schnellste Löwe, um zu überleben. Jeden Tag erwacht in Afrika aber auch ein Löwe. Dieser weiß instinktiv, dass er schneller laufen muss als die langsamste Gazelle, um nicht zu verhungern.

Was will ich damit sagen? Es ist im Zeitalter der Globalisierung eigentlich ziemlich wurscht, um das salopp zu sagen, ob ich Löwe oder Gazelle bin. Es scheint nur noch um "Schneller, höher, weiter!" zu gehen. Dafür gilt es, überall und zu jeder Zeit bereit zu sein und die richtigen Vokabeln zu haben: Da spricht man vom "Job-Hopper" oder vom "Lifestyle-Junky" usw.

Natürlich muss man sich neuen Entwicklungen stellen, aber kann "Schneller, höher, weiter!" unser aller Ziel sein? Bleiben nicht auch Rücksicht, Gemein Sinn, Qualität unseres Handelns, Identität einer Stadtgesellschaft elementare Maximen unserer Gesellschaft? Ist es nicht unsere Pflicht, auch diejenigen mitzunehmen, die wir ansonsten endgültig unerreichbar zu verlieren drohen? Schauen Sie in unseren Sozialreport 2005. Die darin enthaltenen Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache.

Gerade in unserer heutigen Zeit bestehen wesentliche politikfeldübergreifende Aufgaben doch darin, die soziale Balance zu gewährleisten, zwischen Gegenwart und Zukunft zu vermitteln und dafür einen Grundkonsens zu organisieren. Auch dafür braucht man Zeit und Kraft. Je höher der Zeitdruck, desto fehleranfälliger unser Handeln. Aufgrund des Zeitdrucks begangene Fehler kommen uns morgen teuer zu stehen, nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht. Es ist eine Binsenweisheit: je besser eine fundierte strategische Vorbereitung von Entscheidungen oder Planungen, umso geringer das Risiko der Durchführung!

Ich plädiere nachdrücklich dafür – und ich bin mir sicher, dass Sie dem auch zustimmen –, dass Qualität und Schnelligkeit unseres Handelns je nach Handlungsfeld oder Maßnahme in einem vertretbaren und angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen. Dies hat Leipzig in den vergangenen Jahrhunderten ausgezeichnet und es ist heute zentrale Leitlinie.

Leipzig ist eine wachsende Stadt, nicht nur hinsichtlich der Zahl ihrer Einwohner, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer städtebaulichen Entwicklung. Das Thema "Wachsende Stadt" wird durch das Thema "Neue Gründerzeit" zu ergänzen sein. Ich habe am Schluss ganz bewusst zwei mögliche Vokabeln gebraucht, mit denen man versuchen könnte zusammenzufassen, was in den nächsten Jahren unser Ziel ist. Wir müssen wachsen und wir müssen eine neue Gründerzeitmentalität in die Stadt bringen. Wir müssen im Wettbewerb der Städte und Regionen aktiv um junge Menschen und Familien werben, wir müssen ein Investitions- und Wirtschaftsklima zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze schaffen. Und wir müssen, wenn das die Lösung ist, ggf. die Gewerbesteuer senken, damit wir in der Wirtschaft bestehende Arbeitsplätze stabilisieren können - und zwar in der Hoffnung, dass sich im Gegenzug auch die Soziallasten verringern.

Leipzig ist eine unglaublich schöne urbane Stadt mit einer hohen Lebensqualität, mit einem hohen Kultur-, Freizeit- und Erholungswert. Leipzig hat all unsere Kraft und all unsere Anstrengungen verdient, um eine gute Entwicklung zu nehmen. Ich biete Ihnen und allen Leipzigerinnen und Leipzigern am Ende meiner Ausführungen noch einmal die Hand.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Geduld und für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister

23.5.2006